

08.01.2019

Dr. Hubertus Knabe

## Die Erfahrung der Opfer in der deutschen Erinnerungskultur

Aus: Christin, Renato (Hg.), Memento Gulag. Zum Gedenken an die Opfer totalitärer  
Regime, Berlin 2006, S. 45-52.

## **Die Erfahrung der Opfer in der deutschen Erinnerungskultur**

Von Hubertus Knabe

7 Das Thema dieser Sitzung lautet: „Die Aufarbeitung der totalitären  
Vergangenheit – Erinnerungskultur als persönliche Erfahrung der  
11 ‚Opfer‘“. Ich bin gebeten worden, mit Blick auf die DDR dazu etwas  
beizutragen. Ich würde dazu die Fragestellung gerne umdrehen und  
der Frage nachgehen, welche Rolle die Opfererfahrung in unserer  
Erinnerungskultur spielt.

17 Was die kommunistische Diktatur anbetrifft, so muss man leider  
konstatieren, dass die Erfahrung der Opfer in der deutschen Erinne-  
rungskultur kaum eine Rolle spielt. Wenn wir zum Beispiel die ge-  
genwärtige Diskussion um die Kandidatur des PDS-Vorsitzenden  
Lothar Bisky für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten nehmen, so  
kann man dazu in der Öffentlichkeit alle möglichen Stimmen hören.  
Doch keiner fragt, wie es auf die Opfer der SED-Diktatur wirkt, wenn  
ein früherer Parteifunktionär, dessen Kooperationsbereitschaft vom  
DDR-Staatssicherheitsdienst überschwänglich gelobt wurde, in eines  
23 der höchsten Ämter der Republik rücken soll. Ein anderes aktuelles  
Beispiel: In Deutschland hat man kürzlich das Versammlungsgesetz  
verschärft, so dass vor Gedenkstätten nicht mehr demonstriert werden  
darf, wenn dabei die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherr-  
schaft verhöhnt werden. Die Opfer der kommunistischen Gewaltherr-  
schaft sind dagegen ausdrücklich nicht in den Genuss einer solchen  
29 Schutzbestimmung gekommen.

37 Untersucht man die Frage systematischer, welche Rolle die Opfer-  
erfahrungen in unserer Erinnerungskultur spielt, gehört es zu den  
besorgniserregendsten Befunden, dass es nicht gelungen ist, diese an  
45 die nächste Generation weiterzugeben. Fragt man Jugendliche heute  
nach der DDR, so wissen sie damit kaum mehr etwas anzufangen.  
Im *Berliner Kurier* wurden z. B. Schüler danach gefragt, wer Erich  
53

Honecker gewesen sei. Nahezu keiner wusste es zu sagen. Einer gab zur Antwort, das sei der Mann gewesen, der die Juden in Deutschland gerettet hätte. Ein Erfahrungstransfer der Erlebnisgeneration der Opfer zu den nachgewachsenen Generationen hat praktisch nicht stattgefunden. Den Jugendlichen, die die SED-Diktatur nicht selbst erlebt haben, kann man daraus keinen Vorwurf machen. Sie können nur das wissen, was die Älteren ihnen weitervermittelt haben. Auch die Opfer trifft keine Schuld, wenn die Gesellschaft ihren Erfahrungen keine Bedeutung beigemisst.

Damit sind wir bereits beim nächsten Punkt: Die Erfahrungen der Kommunismusopfer sind nicht nur für Jugendliche, sondern für den größten Teil der Gesellschaft, also der Erwachsenen, der Medien, der Politiker, kein oder nur ein randständiges Thema. Dies liegt nicht etwa daran, dass man in Deutschland generell kein Ohr für die Opfer von Diktaturen hätte. Glücklicherweise genießen die Opfer des Nationalsozialismus sogar eine verhältnismäßig große Aufmerksamkeit. Doch die des zweiten totalitären Gesellschaftsentwurfs im vergangenen Jahrhundert – des Realsozialismus – werden nur unzureichend beachtet.

Die ungleiche Erinnerungskultur in Deutschland kann man an vielen Beispielen zeigen. So wurde in Berlin vor kurzem für elf Millionen Euro ein so genanntes sowjetisches Ehrenmal saniert. Es zeigt einen siegreichen Sowjetsoldaten, der schützend ein Kind in der Hand hält. Das pompöse Denkmal stammt aus der Zeit des Stalinismus und das, was es zeigt, steht in krassem Gegensatz zu dem tatsächlichen Verhalten der meisten Rotarmisten in Deutschland. Demgegenüber ist ein anderes Bauwerk dieser Zeit, das ehemalige KGB-Gefängnis in Potsdam – das einzige erhalten gebliebene seiner Art in Deutschland – bereits seit Jahren wegen Baufälligkeit gesperrt. Während der Ort der Opfer verfällt, ist die Selbstverherrlichung der Täter in neuem Glanz erstanden.

Die ungleiche Erinnerungskultur zeigt sich auch in der Unkenntnis der Deutschen über den Archipel Gulag, der das Thema des heutigen Nachmittags ist. Für die meisten stellt er eine völlige *terra incognita* dar, obwohl dort Millionen Menschen ums Leben kamen. Fragen Sie jemanden auf der Straße, was er mit den Begriffen *Magadan*, *Kolyma* oder *Workuta* verbindet, werden die meisten ratlos mit den Achseln zucken. Wenn Sie dagegen fragen, was geschah in *Ausch-*

witz, Buchenwald oder Sachsenhausen, werden Sie, Gott sei Dank, in der Regel einigermaßen vernünftige Antworten bekommen.

Die enorme Unwissenheit spiegelt die Randständigkeit der Erfahrungen der Kommunismusopfer wider. Die wenigsten Deutschen wissen zum Beispiel, dass der Gulag sogar bis nach Berlin reichte. Seit Sommer 1945 residierte in Berlin-Hohenschönhausen die so genannte *Abteilung Speziallager* des sowjetischen Innenministeriums, die im August 1948 der Hauptverwaltung der Lager, also der sowjetischen Gulag-Verwaltung, unterstellt wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurden von dort fünf sowjetische Gefangenenlager in Deutschland kontrolliert: Buchenwald, Sachsenhausen, Mühlberg, Bautzen und Fünfeichen; eines, Sachsenhausen, lag direkt vor den Toren Berlins. Die Einweisung in eines dieser Lager kam für mehr als ein Drittel der Insassen einem Todesurteil gleich. Im August 1948 befanden sich noch etwa 35 000 Gefangene in diesen Außenstellen des Gulag auf deutschem Boden. 40 000 waren bereits verhungert oder an Krankheiten oder Erschöpfung gestorben. Eine Untersuchungskommission der Moskauer Gulag-Zentrale, die damals nach Deutschland kam und die Lager inspizierte, stellte erschreckende Missstände fest. Ihrem Bericht zufolge befanden sich zum Beispiel 4400 Gefangene in so genannten Lazarettstationen – das waren keine Krankenhäuser, wie man vielleicht annehmen könnte, sondern Vorzimmer zum Massengrab. Dort kam man hinein, wenn man so schwer von Dystrophie oder anderen Krankheiten geschwächt war, dass man kaum noch Überlebenschancen hatte.

Der Gulag berührte die Deutschen aber nicht nur in Deutschland. Tausende Deutsche wurden auch in die Lager der Sowjetunion deportiert. Eine der berüchtigtsten Straflagerregionen für verurteilte Deutsche war *Workuta*. Die Lebensbedingungen waren dort besonders grausam, weil die Region nördlich des Polarkreises liegt, wo Temperaturen bis minus 60 Grad herrschen und der Boden niemals taut. Andere Deutsche wurden nach Moskau verschleppt, wo man sie erschoss, anschließend verbrannte und schließlich ihre Asche auf einem Friedhof verstreute – insgesamt fast eintausend Häftlinge.

Eine sehr viel größere Zahl von Deutschen kam in die Lager der zweiten großen Häftlingsverwaltung in der Sowjetunion: den Archipel GUPVI. Insgesamt wurden während des Vormarsches der Roten Armee seit Herbst 1944 etwa 270.000 Deutsche zur Zwangsarbeit in

die Sowjetunion verschleppt. Nach sowjetischen Angaben sind 69.000 von ihnen dort verstorben. Auch diese Zahlen sind in Deutschland kaum jemandem bekannt – geschweige denn die einzelnen Schicksale, die sich dahinter verbergen, ohne deren Kenntnis man das mit der Verschleppung verbundene unermessliches Leiden nicht begreifen kann. Ich bin versucht, an dieser Stelle Josef Stalin ausnahmsweise zustimmend zu zitieren, der einmal gesagt hat: „Ein toter Mensch ist eine Tragödie. Eine Million Tote sind dagegen nur eine Ziffer.“

Die Erfahrungen der Opfer sind deshalb so wichtig, weil sie dem Leiden ein Gesicht geben. Doch in Deutschland sind die Einzelbiografien genauso unbekannt wie die kollektiven Schicksale. Ich denke hier zum Beispiel an Herbert Belter, den Hans Scholl der DDR. Er wurde 1950, nur wenige Jahre nach den Geschwistern Scholl, in Leipzig verhaftet, weil er Flugblätter verteilt hatte. Er erlitt dasselbe Schicksal wie die Scholls – er wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet –, doch niemand kennt in Deutschland seinen Namen. Es gibt keinen Film, keine Schule, keine Straße, die nach ihm benannt ist.

Straßennamen sind ein guter Gradmesser dafür, wie präsent die Opfererfahrungen in der Erinnerungskultur einer Gesellschaft sind. Wenn Sie durch Brandenburg fahren, stoßen Sie an jeder Ecke auf eine Thälmannstraße, eine Liebknechtstraße oder eine Karl-Marx-Straße. Über 120 Straßen tragen allein den Namen Otto Grotewohls, also des Ministerpräsidenten der DDR, der den SED-Staat regierte, als dieser am brutalsten gegen seine echten und vermeintlichen Gegner vorging. Doch es gibt keine einzige Herbert-Stauch-Straße, die an jenen Mann erinnert, der in Magdeburg am 17. Juni 1953 mit dem Polizeichef über die Freilassung der politischen Gefangenen verhandelte und dafür am Tag darauf standrechtlich erschossen wurde. Selbst an die friedliche Revolution im Jahr 1989 – eine Sternstunde in der deutschen Geschichte – erinnert in Deutschland keine einzige Straße.

Unwissenheit und Ungleichheit der Erinnerung könnte man vielleicht verschmerzen, wenn es sich nur um Defizite bei der historischen Wahrnehmung handeln würde. Gravierender aber ist, dass es kaum gelungen ist, aus der Erfahrung der Kommunismusopfer politisch-moralische Standards für die Gegenwart abzuleiten. Ich habe den Fall Bisky schon genannt. Fälle dieser Art gibt es zuhauf.

So sitzt seit den letzten Wahlen ein ehemaliger hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Der Öffentlichkeit ist dies weitgehend gleichgültig, der Fall reichte gerade noch für eine kleine Meldung im „Spiegel“. Uns fehlen offenbar klare politisch-moralische Standards, die uns zu dem Urteil kommen lassen, dass Verantwortliche eines Unterdrückungsregimes in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen haben. Tabubrüche wie diesen gab es in den letzten fünfzehn Jahren immer wieder und mit der Zeit haben sie sich zu einem großen Tabubruch summiert: Die Diktatur der SED wird als vergleichsweise harmlose Veranstaltung abgehakt, Mitverantwortung an der Unterdrückung anderer erscheint vielen als Kavaliersdelikt. Manchmal ist es schon geradezu umgekehrt, dass eine Mitwirkung am SED-Regime heute für politische Verantwortung besonders zu qualifizieren scheint. Insbesondere PDS-Politiker werben gerne mit der Parole „Ich stehe zu meiner Biographie!“ – und werden auch noch gewählt.

Die überlebenden Opfer der kommunistischen Diktatur und diejenigen, die aktiv Widerstand geleistet haben, stehen heute dagegen vielfach erneut am Rande der Gesellschaft, was sich auf verschiedenen Ebenen bemerkbar macht. In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die ich leite, fand zum Beispiel gerade die Eröffnung einer Ausstellung „Zwangsaussiedlungen in der DDR“ statt. Die wenigsten wissen, dass sich der *Eiserne Vorhang* in Deutschland bereits 1952 schloss, als die innerdeutsche Grenze hermetisch abgesperrt wurde – und nicht erst 1961, als in Berlin die Mauer gebaut wurde. Zur Sicherung der Grenzen wurden in der DDR etwa 12 000 Menschen aus dem grenznahen Gebieten ausgesiedelt. Zu ihnen gehörte auch eine Frau, die ein Haus besaß, das sie für einen minimalen Betrag verkaufen musste, weil man sie nach ihrer Zwangsaussiedlung nicht mehr hinließ. Als sie nach dem Ende der SED-Diktatur ihr Haus zurück oder wenigstens eine Entschädigung dafür haben wollte, wurde ihr mitgeteilt, dass ihr das nicht zustehe, weil es sich um einen freiwilligen und damit rechtskräftigen Verkauf gehandelt habe. Auch die Ausgereisten der späteren Jahre, die gezwungen wurden, ihren Besitz in der DDR abzugeben, wenn sie in die Freiheit wollten, haben ihre Grundstücke und Häuser nie zurück erhalten.

Ich kann die Ungerechtigkeiten gegenüber den Kommunismusopfern bei der Entschädigung des ihnen zugefügten Unrechts hier

nicht im einzelnen referieren. Ich erinnere nur an die groteske Situation nach dem Sturz der SED-Diktatur, als Willi Stoph, der letzte Ministerpräsident der DDR, der wegen angeblicher Prozessunfähigkeit aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, eine doppelt so hohe Haftentschädigung bekam wie diejenigen, die unter seinem Regime zuvor ins Gefängnis geworfen wurden. Stoph bekam damals die im Westen übliche Haftentschädigung, während die Opfer der kommunistischen Diktatur eine halb so hohe Entschädigung bekamen – deutlicher kann man ihren Stellenwert kaum zum Ausdruck bringen.

Die Missachtung der Opfererfahrungen kann man auch an dem jahrelangen Kampf der Opferverbände um eine Ehrenpension studieren. Für die Opfer des Nationalsozialismus gab es in der DDR eine Sonderrente, die bezeichnenderweise zweigeteilt war: die „Opfer des Faschismus“ bekamen weniger als die „Kämpfer gegen den Faschismus“ – womit vorzugsweise Kommunisten gemeint waren. Nach der Wiedervereinigung wurden diese Sonderrenten – dann auf einem einheitlichen Level – in das bundesdeutsche Rentensystem übernommen. Die Verbände der Kommunismusopfer haben daraufhin gesagt, dass es doch nicht sein könne, dass jemand, der vor 1945 im Lager Buchenwald saß, eine Sonderrente bekommt, und jemand, der nach 1945 dort saß, nicht. Die Gerechtigkeitslücke wurde noch größer, nachdem der Deutsche Bundestag auf Veranlassung des Bundesverfassungsgerichts die Rentenzahlungen für die ehemaligen Funktionäre des Staats- und Parteiapparates der DDR mehrfach deutlich erhöht hat. So erhält ein ehemaliger MfS-Mitarbeiter heute fast das Doppelte an Rente wie ein früherer DDR-Bürger mit einem DDR-Durchschnittsgehalt. Viele Opfer bekommen dagegen die Folgen ihrer Verfolgung bis heute zu spüren, weil sich ihre systematische Diskriminierung im Berufsleben der DDR auch in entsprechend niedrigen Rentenansprüchen manifestiert. Die CDU hat deshalb die Forderung der Opferverbände nach einer Besserstellung bei der Rentenberechnung in ihr Wahlprogramm aufgenommen – und ich bin gespannt, ob sie auch umgesetzt wird, so lange die Betroffenen noch etwas davon haben.

Dass die derzeit gültigen Entschädigungsregelungen die tatsächlichen Opfererfahrungen kaum reflektieren, zeigt sich auch an einem anderen Punkt: Bei den so genannten Unrechtsbereinigungsgesetzen – allein der Titel ist schon merkwürdig, denn wie will man Un-

recht bereinigen, man kann nur versuchen, es nachträglich zu kompensieren – bei diesen Entschädigungsregeln wird unterschieden zwischen „aufsteigender“ und „absteigender“ Benachteiligung. Nur die absteigende Benachteiligung wird entschädigt. Das bedeutet, wenn Sie Professor waren und diesen Job aus politischen Gründen verlieren, dann bekommen Sie eine Entschädigung. Wenn Sie jedoch erst gar nicht Abitur machen, studieren, geschweige denn eine Universitätskarriere einschlagen durften, gehen Sie leer aus. Doch leider kennzeichnet es die vierzig Jahre existierende SED-Diktatur, dass sie die Aufstiegsmöglichkeiten der Menschen in starkem Maße von deren politischem Wohlverhalten abhängig machte. Die Rekrutierung von Führungskadern setzte immer früher ein und jemand, der aufmüpfig war, hatte von vornherein so gut wie keine Aufstiegschancen – konnte also nach der Logik des Unrechtsbereinigungsgesetzes später auch keine absteigende Benachteiligung mehr erfahren.

Die geringe Bedeutung der Opfererfahrungen kann man nicht zuletzt daran ablesen, wie die Betroffenen von den Repräsentanten des Staates behandelt werden. So hat Bundeskanzler Gerhard Schröder zwar regelmäßig – und das ist gut so – mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, gesprochen, doch noch nie hat er mit dem Vorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Horst Schüler, geredet. Wahrscheinlich kennt er nicht einmal seinen Namen. Diese Gleichgültigkeit der politischen Repräsentanten gegenüber den Kommunismusopfern hat bei letzteren ein hohes Maß an Verbitterung entstehen lassen, die wir bei Veranstaltungen, bei Protestdemonstrationen und im Gespräch zu spüren bekommen. Wenn die Verantwortlichen oftmals erklären, sie hätten für bestimmte Maßnahmen, sei es für eine bessere Entschädigung oder für eine Verfolgttenpension, kein Geld, dann muss man ihnen entgegenhalten: Politische Gesten und symbolhafte Handlungen sind umsonst. Es kostet bestenfalls einige Telefongebühren, wenn der Bundeskanzler oder die neue Bundeskanzlerin zum Hörer greifen und den Vorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft anrufen würden, um sich nach der Lage und den Einschätzungen der Kommunismusopfer zu erkundigen.

Ich will meine Ausführungen nicht beenden, ohne einen positiven Abschluss zu finden. Es gibt durchaus tatkräftige und erfolgreiche



Bemühungen, den Opfererfahrungen in Deutschland größeres Gewicht zu verleihen. So werden in der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen die Besucher fast ausschließlich von ehemals Verfolgten durch das Gefängnis geführt. Sie selbst erklären den jährlich 150.000 Interessierten, was sich in der Haftanstalt zugetragen hat. Doch Hohenschönhausen steht mit diesem von den Besuchern als besonders beeindruckend empfundenen Konzept weitgehend allein. Selbst die Aufsichtsgremien der Stiftung tun sich schwer damit und monieren, die Zeitzeugen seien zu „subjektiv“. Zuweilen bekomme ich vorgehalten, ich dürfe mir nicht „die Perspektive der Opfer zu eigen machen“. Ich kann darauf nur antworten: Wo, wenn nicht an diesem Ort, sollen die Erfahrungen der Opfer den Blick auf die Geschichte bestimmen.